Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende

Der »Brief aus Weimar« und der »Brief aus Neuenhagen«

Von Manfred Agethen

Schon seit der Gründung der CDU in der SBZ am 26. Juni 1945[1] und ihrer Zulassung durch die sowjetische Militärverwaltung am 14.7.1945 gab es in der Partei Auseinandersetzungen um die Frage, welches der richtige Weg sei, aktiven Anteil an der Politik zu nehmen und sich dem Vereinnahmungs- und Gleichschaltungsdruck der SED zu widersetzen. Männern wie Johann Baptist Gradl, Jakob Kaiser oder Ernst Lemmer, die versuchten, die CDU gesamtdeutsch zu gestalten und den Handlungsspielraum der Partei gegen Sowjetische Militäradministration (SMAD) und SED zu halten, blieb schon Ende 1947 nur das Ausweichen nach Westberlin. Spätestens nach dem 3. Parteitag der Ost-CDU in Erfurt im September 1948 war klar, daß dauerhafter Widerstand gegen Sowjets und SED nicht möglich wäre. Denn auf diesem Parteitag verkündete Oberst Tulpanow als Vertreter der SMAD neue Richtlinien für die politische Arbeit der CDU, die auf eine völlige Anpassung an den kommunistischen Kurs abzielten. In seiner Begrüßungsansprache forderte er die »Ausschaltung« aller Elemente in der CDU, die – wie Kaiser mit seinem Widerstand gegen die Volkskongreßbewegung – »antisowjetische und antidemokratische Zersetzungsarbeit« betrieben.[2] Otto Nuschke, der auf jenem Parteitag gewählte Vorsitzende der SBZ-CDU, versuchte dem Gleichschaltungsdruck zunächst mit hinhaltendem Widerstand zu begegnen. Der Gründung der DDR und der damit einhergehenden Verschiebung der eigentlich für 1949 geplanten freien Wahlen um ein Jahr stimmte er nur unter der Bedingung zu, daß die Parteien mit getrennten Listen in diese Wahlen gehen müßten. Aber mit Terroranschlägen gegen CDU-Funktionäre, mit der Besetzung von Parteibüros und mit Hetzkampagnen in SED-Zeitungen wurde die CDU-Führung eingeschüchtert. Zahlreiche Funktionäre flohen in

1 Druck des Gründungsaufrufs z.B. bei Siegfried SUCKUT, »Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945-1952)«, in: Hermann WEBER (Hg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, Köln 1982, S. 129ff.

2 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Zentralbestand Ost-CDU, VII-010-485.

den Westen. Im Mai 1950 stimmte Nuschke zu, der Volkskammerwahl am 15. Oktober 1950 eine Einheitsliste zugrunde zu legen.[3] Nach der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 erkannte die Ost-CDU auf ihrem 6. Parteitag im Oktober 1952 in Berlin die »führende Rolle« der SED »vorbehaltlos« an.[4]

Mit den Schauprozessen des Jahres 1952 und der Verhaftung des christlich-demokratischen DDR-Außenministers Georg Dertinger im Januar 1953 war der Gleichschaltungsprozeß im wesentlichen abgeschlossen. Es folgten fast vier Jahrzehnte kritikloser Anpassung an den Kurs der SED, ohne wirklichen Einfluß auf die politischen Entscheidungsprozesse. Dabei bestand die den Blockparteien von der SED zugedachte Aufgabe im wesentlichen darin, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen – im Falle der CDU insbesondere die christlich gebundenen Bevölkerungskreise – an den sozialistischen Staat heranzuführen.[5] Außerdem schienen sie geeignet, die kommunistische Einparteienherrschaft zu vertuschen und eine pluralistische Demokratie vorzuspiegeln.

Das Bild der völligen Unterwerfung unter den Führungsanspruch der SED, der auch im Artikel 1 der DDR-Verfassung von 1968 festgeschrieben war, gilt allerdings nur für die Führungselite der Partei. Das bislang bekannte Quellenmaterial aus allen Gliederungen der Ost-CDU bietet zahlreiche Hinweise darauf, daß die Basis der Partei keineswegs völlig gleichgeschaltet war, daß es Unzufriedenheit und Widerstandspotentiale gab, daß also das Verhältnis zur eigenen, fremdbestimmten Parteispitze problematisch war. Nur das Vorhandensein solcher Kritik- und Reformpotentiale läßt den raschen Erneuerungsprozeß verständlich werden, dem sich die Ost-CDU nach dem Rücktritt ihres Vorsitzenden Gerald Götting am 2. November 1989 unterzog und der mit einem von der Basis geforderten Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 in Berlin seinen organisatorischen Abschluß fand. Das gesamte reformunwillige Präsidium sowie die Sekretäre des Hauptvorstandes waren in dieser kurzen Zeit abgelöst, der Parteivorstand komplett erneuert worden. Die meisten der 800 Delegierten jenes Sonderparteitages waren in Urwahlen demokratisch gewählt worden. Diese rasche Aktivierung demokratischer Potentiale war vor allem deshalb möglich, weil die CDU in ihrem Ursprung eine demokratische Alternative zum SED-Anspruch auf Alleinherrschaft gewesen war.

---

3 Zu den Gleichschaltungsprozessen vgl. neuerdings v.a. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), 2. korrigierte Auflage, Düsseldorf 1991, v.a. S. 241-249. Vgl. auch Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU, 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 59-68.

4 Auszugsweiser Druck der Entschließung des 6. Parteitages bei SUCKUT (wie Anm. 1), S. 170-173, Zit. S. 171.

5 Vgl. ebd., S. 128. Vgl. auch Peter Joachim LAPP, *Die »befreundeten Parteien« der SED. DDR-Blockparteien heute*, Köln 1988, hier v.a. S. 71ff.

Trotz der Angepaßtheit der CDU-Parteiführung brachte die SED mindestens in den 50er und 60er Jahren den 'alten', auf eigenständige Gründungen zurückgehenden Blockparteien CDU und LDPD weiterhin unverhohlenes Mißtrauen entgegen. Die CDU konnte unter den kleineren Blockparteien als einzige beanspruchen, eine schichten- und klassenübergreifende Volkspartei zu sein und blieb insofern ein potentieller Kontrahent zur »Partei der Arbeiterklasse«. Arbeiter, Bauern, Angestellte, Akademiker, Handwerker und Hausfrauen waren mit bedeutenden Anteilen in ihr vertreten.[6] Außerdem war die CDU die einzige Blockpartei, die offiziell eine von der SED abweichende Weltanschauung vertrat.

In den Akten der Abteilung »Befreundete Parteien« beim ZK der SED erscheinen Ost-CDU und LDPD in den 50er und 60er Jahren noch weitgehend als Parteien, deren Mitglieder das 'richtige' sozialistische Bewußtsein und eine 'positive' Einstellung noch nicht vollständig erlangt haben und stets in Gefahr sind, dem 'alten' Denken zu verfallen.[7] Tatsächlich zeugen diese Akten – sowohl die CDU-eigenen als auch die von der SED erstellten »Stimmungsberichte« – von erheblicher Kritik und Unangepaßtheit an der Basis der CDU. Die Kirche oder religiöse Orientierungen spielen hierbei eine wichtige Rolle, auch eine starke Westorientierung ist deutlich herauszulesen. Oft kommt der Widerspruch natürlich nur von Einzelpersonen oder bezieht sich nur auf Einzelfälle, am deutlichsten wird er auf der Ebene der Ortsgruppen.[8] Die Proteste an der Basis richten sich sowohl gegen den massiven Führungsanspruch der SED, als auch gegen die Unterwerfungsbereitschaft der eigenen Parteispitze.[9]

---

6 Vgl. die umfassenden Angaben zur Mitgliederstärke (September 1989: 134.507) und zur Mitgliederstruktur (bis Mitte 1990) in ACDP VII-011-3900. Für die Jahre bis 1951 vgl. auch die sozialstatistischen Angaben bei WEBER (Hg.) (wie Anm. 1), S. 517; auch: P. J. LAPP, »Soziale Zusammensetzung der DDR-Blockparteien«, in: *Deutschland-Archiv* 20 (1987), S. 339-341 (mit Vergleichszahlen für 1951 und 1985).

7 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, SED-Archiv, Bestand »Befreundete Parteien« IV 2/15/1ff. (1945-1961/62) und IV A2/15/1ff. (1963-1971); hier geht es vor allem um die Situation in den Blockparteien aus der Sicht des ZK der SED. Die Akten dieses Bestandes sind für die 70er und 80er Jahre noch nicht zugänglich.

8 Vgl. ebd. außer den angegebenen Stücken auch IV 2/15/44: Berichte über Brigadeeinsätze der CDU in ihren Kreis- und Bezirksverbänden (1954-1960) und IV 2/15/9 und 10: Berichte der Kreis- und Bezirksleitungen der SED über Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen der CDU (1953-1960; 1962). – Die auffällig stereotypen Schwarz-Weiß-Qualifizierungen ideologisch-politischer Einstellungen als »richtig« oder »falsch«, »positiv« oder »negativ« in den Berichten verweisen nicht unbedingt auf sprachliche Defizite der Berichtenden, sondern wohl eher auf die Ohnmacht, berechtigter Kritik anders als mit sprachlichen Leerformeln zu begegnen.

9 Zwei Beispiele für viele: »Warum kann nicht einmal eine andere Partei regieren? ... Warum müssen alle Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft durch Mitglieder der SED besetzt werden?« (ACDP VII-011-058. Zitat aus einem Kurzbericht der Abteilung Parteiorgane über die »Meinungsbildung« in den Kreisverbänden Roßlau und Dessau vom 8.11.1965.) Und: »Von christlicher Partei ist nichts zu spüren, denn die CDU wagt noch nicht einmal, gegen

Latente Kritikbereitschaft an der Basis wurde natürlich an neuralgischen Punkten der DDR-Geschichte in besonderer Weise virulent. Dies gilt etwa für den Juniaufstand 1953[10], für den Mauerbau im August 1961[11] oder für den Volksentscheid über die sozialistische Verfassung der DDR vom Jahr 1968.[12] Insbesondere die Stimmungsberichte aus den Kreis- und Bezirksverbänden der Ost-CDU nach dem Juniaufstand zeigen das tiefe Mißtrauen der Mitglieder gegen die Politik der SED und gegen die eigene Parteispitze. Die These der SED, »westliche Provokateure und Saboteure« hätten den Aufstand gesteuert, findet bei der CDU-Basis keinen Glauben. Forderungen nach Rücktritt oder Umbildung der Regierung, nach freien Wahlen, verbunden mit Kritik an Presseschönfärberei und Zorn auf die eigene Parteiführung, die sich bei den Unruhen als bloßes »Anhängsel der SED« erwiesen habe – all dies wird in den Quellen deutlich.[13] Der Parteivorsitzende Gerald Götting bereiste ab Ende Juni 1953 zahlreiche Kreis- und Bezirksverbände seiner Partei, um die Kritik an SED und CDU-Spitze »zu zerschlagen«.[14]

Es muß vorerst offenbleiben, ob man so weit gehen kann, Führung und Basis der Ost-CDU als »zwei Welten«[15] gegenüberzustellen. Für ein abschließendes Urteil in dieser Hinsicht bleibt die weitere archivalische Verzeichnung und wissenschaftliche Auswertung der Ost-CDU-Aktenbestände – insbesondere im Blick auf die Kreisverbände und Ortsgruppen – abzuwarten. Immerhin ist schon jetzt erkennbar: Die Mehrzahl der einfachen Ost-CDU-Mitglieder stand der SED-Politik und der eigenen Parteispitze über Jahrzehnte hinweg – genauere zeitliche Differenzierungen wären nötig – distanziert gegenüber.[16] Ihnen blieb aber in der Regel nur das aus Orwell's

---

die SED aufzumucken.« (Ebd. Zitat aus einem Kurzbericht der Abteilung Parteiorgane über die politisch-ideologische Situation im KV Naumburg vom 6.12.1965.)

10 Vgl. dazu Udo WENGST, »Der Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), Heft 2, S. 277-321; zur Haltung der Ost-CDU zum 17.Juni vgl. auch Günter BUCHSTAB, »Vergangene Spaltung – gespaltene Vergangenheit. Nation, Union und Historiographie«, in: *Civitas. Widmungen für Bernhard Vogel zum 60. Geburtstag*, hrsg. von Peter Haungs u.a., Paderborn u.a. 1992, S. 381-396.

11 Vgl. dazu Joachim FRANKE, Zur Reaktion von CDU-Führung und CDU-Basis (Ost) auf den Mauerbau am 13. August 1961, in: *Deutschland-Archiv* 23 (1990), S. 1242-1251.

12 Vgl. z.B. die Informationsberichte zur »Meinungsbildung« an der CDU-Basis über den Entwurf der sozialistischen Verfassung 1968: SED-Archiv (wie Anm. 7) IV A2/15/54.

13 WENGST (wie Anm. 10), S. 279f.

14 Bericht Göttings über die Besprechungen mit den Kreissekretären und Kreisvorsitzenden in den Bezirkssekretariaten der CDU, S. 1, in: ACDP VII-011-1743.

15 So der ehemalige Oberarchivar des Zentralen Parteiarchivs der Ost-CDU, FRANKE (wie Anm. 11), S. 1251. Mit Sicherheit nicht haltbar ist die These von Christian v. DITFURTH, *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*, Köln 1991, S. 11, den meisten CDU-Mitgliedern sei die Anerkennung der SED-Führungsrolle »ein inneres Bedürfnis« gewesen.

16 So im Kern auch Siegfried SUCKUT, »Persönlicher oder politischer Eigensinn im

»1984« bekannte »Zwie-Handeln« bzw. die Schizophrenie, in einer Partei mitzuarbeiten, die zum Transmissionsriemen kommunistischer Politik funktionalisiert war und doch zugleich an der Basis dieser Partei als Christen miteinander umzugehen, kirchliche Belange zu unterstützen und womöglich politische Mandate zu übernehmen.

Niemals innerhalb der 40jährigen DDR-Geschichte hat die SED-Führung das Legitimationsdefizit ihres Herrschaftsanspruchs völlig beseitigen können. Doch gab es Perioden relativer Ruhe und Stabilität. Die Entspannungspolitik zu Beginn der siebziger Jahre brachte dem SED-Regime weltweite diplomatische Anerkennung und auch bescheidene wirtschaftliche Erfolge. Honecker, der Ulbricht 1971 an der Spitze der SED folgte, galt zunächst in Teilen der Bevölkerung als Hoffnungsträger einer sich verändernden DDR. So waren die siebziger Jahre insgesamt eine Phase relativer Ruhe in der innenpolitischen Szene der DDR. Doch spätestens seit der Mitte der achtziger Jahre wuchs vor dem Hintergrund der Reformbewegungen in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn der Druck aus der DDR-Bevölkerung gegen eine vor allen Neuerungen ausweichende SED-Führung. Die zunehmenden ökonomischen Probleme des Landes seit Ende der siebziger Jahre, die chronischen Versorgungsmängel, das unzureichende Dienstleistungsangebot, der Verfall der Städte, der Wohnraummangel, die technologische Rückständigkeit, die Umweltverschmutzung, das Bekanntwerden massiver Wahlfälschungen, die unter dem Dach der Kirchen zunehmend geführte Diskussion um Demokratisierungsprozesse – all dies waren Hintergründe und Erscheinungsformen der existentiellen Krise, in die die DDR im 40. Jahr ihres Bestehens stürzte und die ihren entscheidenden Auslöser in dem Flüchtlingsstrom fand, der möglich wurde, als Ungarn am 10. September 1989 seine Grenze nach Österreich für DDR-Bürger öffnete. Der Fall der Mauer am 9. November 1989 wurde zum Auftakt für den Untergang der DDR.[17]

---

demokratischen Block? Bisher verschlossene Archive geben neue Informationen über die Haltung der SED gegenüber den Blockparteien«, in: *Das Parlament*, 8. Mai 1992.

17 Zu den Krisenerscheinungen und Aufbruchprozessen im Umfeld der 'Wende' vgl. z.B.: Timothy GARTON ASH, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990*, München/Wien 1990; *Zurück zu Deutschland. Umsturz und demokratischer Aufbruch in der DDR*, hrsg. vom Rheinischen Merkur, Bonn 1990; Hannes BAHRMANN/Christoph LINKS, *Wir sind das Volk. Die DDR im Aufbruch – eine Chronik*, Berlin (u.a.) 1990. – Zur Rolle der Kirchen beim Umbruchprozeß vgl. z.B. Reinhard HENKYS, »Die Bedeutung und Rolle der evangelischen Kirche im demokratischen Reformprozeß«, in: *Zeitschrift zur politischen Bildung/Eichholz-Brief* 1991, 2. Quartal, S. 13-19; Gary LEASE, »Religion, the Churches and the German 'Revolution' of November 1989«, in: *German Politics*, Bd. 1, Nr. 2 (August 1992), S. 264-273; Horst DÄHN (Hg.), *Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz* (Geschichte und Staat 291), München 1993.

Auch die Blockparteien waren von der allgemeinen Krisensituation des Spätsommers 1989 ergriffen. Aus der LDPD hörte man deutliche Worte von Parteichef Manfred Gerlach zu den Fehlern der Vergangenheit.[18] Hinsichtlich der Ost-CDU gilt gemeinhin der »Brief aus Weimar« als Fanal des Aufbegehrens der Basis gegen die Parteileitung und gegen die SED. Einen im kritischen Ansatz gleichwertigen, aber weniger prominenten Vorläufer hatte er in einem »Brief aus Neuenhagen«, auf den später eingegangen wird.

Der »Brief aus Weimar«[19] war datiert vom 10. September 1989 – dem denkwürdigen Tag der ungarischen Grenzöffnung, an dem übrigens auch der Gründungsaufruf des »Neuen Forum« erschien. Die Verfasser waren allesamt Kirchenleute und CDU-Mitglieder: Martina Huhn, Rechtsanwältin und Mitglied der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR aus Hopfgarten bei Bad Lausick, Martin Kirchner, Oberkirchenrat aus Eisenach, Christine Lieberknecht, Pastorin aus Ramsla bei Weimar, und Dr. Gottfried Müller, Kirchenrat aus Jena. Letzterer war, wie sich im weiteren Verlauf der Angelegenheit zeigte, der führende Kopf der Aktion. Die Verfasser übergaben den Brief am 11. September persönlich beim Hauptvorstand ihrer Partei in Berlin, wo er auch postalisch zeitgleich eintraf. Zugleich schickten sie ihn an alle Kreis- und Bezirksvorstände der Partei. Er sollte allen Parteimitgliedern zugänglich gemacht und die Diskussion darüber gefördert werden, wie es in dem Begleitschreiben der Verfasser hieß. Einen Vorgeschmack auf die Anliegen des Briefes hatte Gottfried Müller bereits in einem Leitartikel in der thüringischen evangelischen Kirchenzeitung »Glaube und Heimat« vom 13. August 1989 – am Tag des Gedenkens an den Mauerbau – gegeben.[20] Hauptziel des Briefes war es – nach einer rückschauenden Betrachtung Müllers Anfang 1993 –, die Blockpartei CDU »als Institution zu erhalten und sie so umzugestalten, daß sie für die Reform der Gesellschaft tauglich werden würde«.[21]

---

18 Vgl. dazu Katharina BELWE/Ute REUTER (Bearb.), *Dokumentation zur Entwicklung der Blockparteien der DDR von Ende September bis Anfang Dezember 1989*, Bonn: Gesamtdeutsches Institut, Dezember 1989, S. 6-74. – CDU-Mitglieder wiesen ihren eigenen Parteichef fordernd auf Gerlachs Beispiel hin; vgl. die Schreiben an Götting in ACDP VII-010-3370.

19 Druck z.B. in: BELWE/REUTER (Bearb.) (wie Anm. 18), S. 77ff. Vgl. auch ACDP VII-010-3529. Dort alle wesentlichen Unterlagen zum parteiinternen Umfeld des Briefes. Im folgenden erwähnte oder zitierte Dokumente, die nicht eigens belegt sind, finden sich in diesem Faszikel. Gute zusammenfassende Darstellung mit ausführlichen Quellenbelegen bei Markus KIEFER, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der ehemaligen DDR: Struktur, Programm und Politik einer Blockpartei, 1949-1989. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Saarbrücken, Mai 1993, S. 62ff. und 111-118.

20 Müller war Chefredakteur dieser Kirchenzeitung.

21 Gottfried MÜLLER, Eine DDR-Blockpartei auf dem Weg zur Regierungsverantwortung. Drei Sätze und begleitende Betrachtungen zur Entwicklung der Ost-CDU. Rundfunkvortrag SFB III, Sendereihe »Fokus Politik«, 28.2.1993, 19.05-19.30 Uhr.

Insofern sprach der Brief im wesentlichen Probleme der innerparteilichen Demokratie an, monierte den Mangel an Eigenständigkeit der CDU gegenüber der SED. Darüber hinaus wurden aber auch konkrete politische Probleme und Unzulänglichkeiten im DDR-System schlechthin angesprochen: Die Reisebeschränkungen, die Flüchtlingswelle, die Behinderungen der Pressefreiheit, die Schönfärberei der Medien, die notwendige Erneuerung des Wahlgesetzes – mit latenten Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 –, die obrigkeitliche Bevormundung der Bürger, der fehlende Einblick in die tatsächliche wirtschaftliche Lage des Landes.

Bei aller parteiinternen und gesamtgesellschaftlichen Kritik verblieben die Verfasser – ganz wie die übrige Protest- und Reformbewegung des Herbstes '89 – auf dem Boden einer sozialistischen Staatsidee. Es ging ihnen nicht um Abschaffung der DDR, sondern um ihre Erneuerung im Sinne eines demokratischen Sozialismus. Dies war auch Ergebnis eines Gesprächs, das die Weimarer Reformer am 26. September 1989 in der Parteizentrale in Berlin mit den Präsidiumsmitgliedern und Sekretären des Hauptvorstandes Adolf Niggemeier und Dr. Werner Wünschmann auf Veranlassung Göttings führten.[22] In einer gemeinsamen Presseerklärung zu diesem Gespräch, die Götting erst nach dem Staatsjubiläum vom 7. Oktober 1989 freigab und die im CDU-Zentralorgan »Neue Zeit« am 9. Oktober erschien, hieß es, die Briefschreiber trügen ihre Reformanliegen in der Absicht vor, »die DDR und ihre sozialistische Demokratie in Stabilität weiterzuentwickeln«.[23]

Öffentlich reagierte die Parteispitze erstmals mit einem Kommentar in der »Neuen Zeit« vom 19. September 1989 (»Vertrauen im Miteinander«) auf den Brief – allerdings nur andeutungsweise und ohne auf seinen Inhalt einzugehen. Es widerspreche dem »Geist des vertrauensvollen Umgangs zwischen Unionsfreunden«, hieß es dort, wenn sich Parteimitglieder mit kritischen Überlegungen zuerst an eine internationale Öffentlichkeit wendeten, bevor sie das klärende Gespräch mit ihrem Vorstand suchten. Dieser Vorwurf bezog sich darauf, daß die 'Weimarer' ihren Brief schon bei einer Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, die vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach stattfand, erstmals öffentlich bekanntgemacht hatten[24], obwohl sie zu diesem Zeitpunkt bereits von der Einladung zu dem erwähnten Gespräch beim Hauptvorstand am 26. September wußten. Offenbar sahen die Verfasser in dieser Offensive die einzige Möglichkeit

22 Vgl. das Protokoll in ACDP VII-010-3529.

23 Müller wies allerdings in einem »Informationsbrief zum Brief aus Weimar« vom 10.10.1989 darauf hin, die Presseerklärung sei entgegen der ursprünglichen Vereinbarung nicht in vollem Umfang mit ihnen abgesprochen worden: ACDP VII-010-3529; ebd. auch mehrfach redigierte Versionen jener Presseerklärung.

24 *Glaube und Heimat. Evangelische Kirchenzeitung für Thüringen*, 44. Jahrgang, 24.9.1989.

– das deuteten sie später bei jenem Gespräch auch an –, sich rasch in einer breiten Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen und ihren eigenen, in dem Anschreiben zu ihrem Brief ausdrücklich erwähnten Anliegen gerecht zu werden, diesen gerade auch innerhalb der Kirchen bekanntzumachen und zu diskutieren. Von Eisenach aus wurde der Brief über Westmedien DDR-weit bekannt, bevor sich die CDU-Leitung zu seiner Veröffentlichung entschloß. Der Schweriner Maler und Grafiker Winfried Wolk, Hauptvorstandsmitglied der CDU und Sympathisant der Reformideen, äußerte sich zu ihm anläßlich einer Ausstellungsreise in westlichen Medien, z.B. im »Heute Journal« vom 4. Oktober 1989.[25]

Göttings Zögerlichkeit bei der Veröffentlichung des Briefes hatten die Verfasser richtig kalkuliert. Sie erfolgte erst am 26. Oktober 1989 im Zentralorgan »Neue Zeit«, am 27. Oktober auch in der Dresdner CDU-Zeitung »Die Union«. Müller beklagte diese Verspätung in einem »2. Informationsbrief zum Brief aus Weimar« vom 30. Oktober. Er forderte jetzt – anders als noch im Brief selbst – die Einberufung eines Sonderparteitages bis spätestens März 1990; eine Unterschriftenaktion dazu – laut Satzung mußte ein Drittel der Mitglieder zustimmen – war bereits im Gange. Im übrigen hätten die zahlreichen Reaktionen auf den »Brief aus Weimar« das Ausmaß des Vertrauensverlustes der Basis gegenüber der Parteispitze gezeigt; dies erfordere auch personelle Konsequenzen.[26]

Am 25. Oktober 1989 stellte das Präsidium zu seiner eigenen Unterrichtung eine Dokumentation aus den zahllosen Schreiben zusammen, die im Anschluß an den »Brief aus Weimar« in der Parteizentrale eingegangen waren.[27] Die Bilanz war erschreckend. Es war offensichtlich, daß die Reformvorstellungen der 'Weimarer' einem breiten Konsens an der Basis der Partei entsprachen.[28] Die Forderung nach einem rasch einzuberufenden Sonderparteitag wurde durchweg unterstützt. Besonders harsche Kritik erfuhr die Basisferne der Parteiführung. Es müsse gelingen, »die verstopften Kommunikationsröhren von unten nach oben« wieder gängig zu machen.[29] Insgesamt zeigt sich, daß die jetzt vorgetragenen Klagen und Forderungen

25 ACDP VII-010-3529. Wolk trat übrigens bei der CDU-Hauptvorstandssitzung vom 11.11.1989, nach erfolgtem Rücktritt Göttings, als Konkurrent Lothar de Maizières um die Nachfolge im Parteivorsitz auf.

26 Der Sonderparteitag fand bereits am 15./16. Dezember 1989 in Berlin statt. Regulär hätte der nächste (=17.) Parteitag 1992 stattgefunden.

27 »Zur Meinungsbildung der Mitglieder der CDU in der gegenwärtigen Situation«: ACDP VII-010-3529.

28 Vgl. dazu auch die zahlreichen Schreiben und Informationsberichte aus CDU-Ortsgruppen und Kreisverbänden an die Parteileitung in: ACDP VII-010-3368, VII-010-3370 und VII-013-3422. Zahlreiche kritische Briefe an Götting persönlich auch in ACDP VII-010-3357 und 3370.

29 Zitat aus einem Anschreiben bei MÜLLER, »Informationsbrief zum Brief aus Weimar« (wie Anm. 23).

dieselben sind, die die Basis seit den 50er Jahren bewegt hatten, die aber seitens der Leitungsgremien notorisch ohne Antwort geblieben oder mit Beschwichtigungsformeln bedacht worden waren.[30] Aufschlußreich in dieser Hinsicht etwa die Stimme eines Abteilungsleiters beim Sekretariat des Hauptvorstandes in einem persönlichen Bericht an Götting vom 30. Oktober 1989: »Es ist, meine ich, nicht länger zu verantworten, daß die an Sie gerichteten monatlichen persönlichen Berichte der Bezirksvorsitzenden und Abteilungsleiter (die häufig Stimmungen und Anfragen von der Basis wiedergeben, M.A.) überwiegend unbeantwortet bleiben. Ich habe mich immer bemüht, wenigstens die von Ihnen gemachten Randbemerkungen an die Absender weiterzugeben. Das blieb oft die einzige Antwort an den Briefschreiber.«[31] Kein Wunder, daß nun, vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Oppositionsbewegung und nachdem der »Brief aus Weimar« parteiintern Schleusen geöffnet hatte, die kritischen Stimmen diesen an Schärfe übertreffen und z.T. den DDR-Sozialismus selbst substantiell angreifen. Typisch für viele Klagen – so heißt es in der Dokumentation des Parteivorstandes – sei die Einschätzung, »daß die DDR ebenso wie die UdSSR, Ungarn und Polen neue Wege zur Demokratie suchen sollte«. Auch werde »die Berechtigung der Führungsrolle der SED« angezweifelt. Und im Bericht des Bezirksverbandes Gera vom 15. August 1989 heißt es: »Immer öfter tauchen Zweifel auf, ob unsere Planwirtschaft in ihrer gegenwärtigen Form noch vertretbar ist, weil nach Aussagen bewährter Wirtschaftskader planmäßig nichts mehr laufe.«[32]

Bestärkt durch das breite positive Echo auf ihren Brief, wurden auch die 'Weimarer' selbst in ihren Forderungen immer konkreter und drängender. In einem Fernschreiben an Götting vom 10. Oktober 1989 – der »Brief aus Weimar« war von der Parteileitung noch immer nicht veröffentlicht worden – mahnte Müller den Parteichef eindringlich, sein Stillschweigen zu brechen: »Sagen Sie, daß die Ausreisetragödie ihren eigentlichen Ursprung in unserem Land selbst hat, in der Bevormundung der Bürger, im mangelhaften Dialog zwischen Volk und Führung, in Vorenthaltungen der Reisefreiheit, in Mängeln der Wirtschaft, im unerträglichen Zwiespalt zwischen der Wirklichkeit und ihrer Darstellung in den Medien. Es gibt noch viele andere Gründe.«[33]

Auch langjährige Mitarbeiter Göttings in der Parteileitung kündigten ihm nun das Vertrauen auf und drängten ihn zum Rücktritt. Abteilungsleiter

30 Vgl. die entsprechenden Stimmen in der o.a. Dokumentation (wie Anm. 27) und den Hinweis bei MÜLLER (wie Anm. 29).

31 ACDP VII-014-3422.

32 ACDP VII-010-3529.

33 EBENDA.

Gerhard Quast beklagt in seinem »Bericht an den Parteivorsitzenden zum 1. November 1989« die »Vertrauenskluft zwischen Mitgliedschaft und Parteiführung« und führt weiter aus: »Daß die letzten 15 Jahre überwiegend durch eine ständig zunehmende Entfremdung und die wachsende Unfähigkeit bestimmt waren, miteinander reden zu können, bedauere ich, aber vielleicht ist damit zwischen uns nur das geschehen, was überhaupt in unserer Partei und in der Gesellschaft geschehen ist.«[34] Am 1. November 1989 suchten drei der Verfasser des »Briefes aus Weimar« und einige weitere Reformer Götting in Berlin auf und legten ihm den Rücktritt nahe, den dieser tags darauf in einer Sitzung des Hauptvorstandes erklärte.[35] Die Anwesenheit der 'Weimarer' bei jenem 'Abschiedsgespräch' mit Götting dokumentiert den unmittelbaren Einfluß des Weimarer Briefes auf die Abschaffung der alten Parteileitung der CDU.

Am 11. November 1989 wurde Lothar de Maizière, nach kurzer kommissarischer Leitung der Partei durch den früheren 2. Vorsitzenden Wolfgang Heyl, bei einer Hauptvorstandssitzung in Berlin zum neuen Vorsitzenden bestimmt. Dieses Votum wurde durch die kurz zuvor demokratisch gewählten Orts- und Kreisverbandsdelegierten des Sonderparteitages vom 15./16. Dezember 1989 in Berlin bestätigt. Unter dem Motto »Umkehr in die Zukunft« präsentierte sich hier – nach Vorarbeiten bei einer Hauptvorstandssitzung im Schulungszentrum der Ost-CDU in Burgscheidungen am 20./21. November 1989 – eine personell, organisatorisch und programmatisch völlig veränderte Ost-CDU[36], die so zu ihren Erfolgen bei der Volkskammerwahl im März 1990 (mit 'Flankendeckung' durch die West-CDU mit der »Allianz für Deutschland«) und schließlich beim Prozeß der Wiedervereinigung befähigt wurde. Dr. Gottfried Müller, der Hauptverfasser des Weimarer Briefes, wurde bei jenem Sonderparteitag zu einem der drei Stellvertreter de Maizières im Parteivorsitz gewählt.

---

34 Bericht an Götting vom 31.10.1989: ACDP VII-013-3422. Quast war seit 1975 Abteilungsleiter »Kaderfragen« beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, vorher (1965-1975) Abteilungsleiter »Kirchenfragen«.

35 Gottfried MÜLLER, »Die Basis muckt auf«, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* vom 10. November 1989; vgl. auch *Neue Zeit* vom 3. November 1989: »Präsidium des Hauptvorstandes tagte«.

36 Vom Sozialismusbegriff hatte sich der erneuerte Hauptvorstand bei seiner Sitzung in Burgscheidungen am 20./21.11.89 per Mehrheitsbeschluß getrennt. – Knappe Zusammenfassung des Veränderungsprozesses in der Ost-CDU seit ihrem 16. Parteitag 1987 in Dresden in: Vorlage Nr. 3 zum Sonderparteitag der CDU, Berlin 15.-16.12.1989: »Information über die Tätigkeit des Hauptvorstandes seit dem 16. Parteitag der CDU« – mit Betonung darauf, daß »die demokratische Umgestaltung der Partei von unten her« begann (S. 3f.). Vgl. auch »Erneuerung und Zukunft: Positionen vom CDU-Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 in Berlin« (CDU-Texte; 1/1990), beides in ACDP VII-011-3911. Vgl. auch Leserbrief Lothar de Maizière: »Der Neubeginn nach der Blockvergangenheit«, in: *FAZ* 15. Juli 1991.

Wie bereits erwähnt, hatte der Erneuerungsprozeß der Ost-CDU von der Basis her aber nicht erst im Zuge der allgemeinen Protestbewegung des Sommers und Herbstes 1989 begonnen. Schon seit etwa 1986, deutlich seit dem Sommer 1988, gab es in den Informationsberichten der Kreise und Bezirke, in unmittelbaren Eingaben oder Berichten an Götting, insbesondere in den persönlichen Informationsberichten seiner Bezirksvorsitzenden und seiner Abteilungsleiter beim Sekretariat des Hauptvorstandes, zunehmend Anzeichen von Unruhe und Protest unter den Parteimitgliedern. Werner Lechtenfeld, Abteilungsleiter »Parteiorgane«, gibt in einem Schreiben an Götting vom 1.8.1988 seiner Sorge angesichts der eingegangenen Informationsberichte der Kreise Ausdruck: Unter Berufung auf Gorbatschows Reformen bedrängten Unionsfreunde ihre Kreissekretäre »mehr und mehr« mit Fragen, denen diese oft hilflos gegenüberständen. Diese beträfen generell die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, aber auch ganz konkret die Wirtschaftspolitik, die Informationspolitik und die Versorgung der Bevölkerung.[37]

Große Schwierigkeiten, die sich erst neuerdings aus den Quellen in etwa erhellen lassen, bereitete bereits in dieser Zeit dem Parteivorstand ein Brief aus der Ortsgruppe Neuenhagen am östlichen Stadtrand von Berlin, die zum Kreisverband Strausberg im Bezirksverband Frankfurt/Oder gehörte. Der Brief traf – zusammen mit einem Anschreiben der Ortsgruppenvorsitzenden Dr. Else Ackermann vom 27. Juni 1988 – am 4. Juli im Sekretariat des Parteivorsitzenden ein. Neuenhagen war eine besonders rührige Ortsgruppe. Schon seit 1986, als Frau Ackermann den Vorsitz übernahm, wurden hier provokante Vortragsveranstaltungen unter dem Leitthema »Brauchen wir mehr Demokratie?« durchgeführt.[38] Der »Brief aus Neuenhagen«, wie wir ihn wegen seiner Äquivalenz zum »Brief aus Weimar« nennen wollen, wird hier als Anhang erstmals vollständig abgedruckt[39], weil er eines der ersten und mutigsten Beispiele dafür ist, daß sich größere Gruppen von Parteimitgliedern – meist Ortsgruppenvorstände – unmittelbar an Götting wenden und weil hier der Bruch zwischen Führung und Basis der CDU offensichtlich zu werden beginnt. Indirekt wird hier auch bereits Götting zum Rücktritt aufgefordert, indem von natürlichen »Abnutzungserscheinungen« bei langjährigem Parteivorsitz die Rede ist. Außerdem hebt der Neuenhagener deutlicher als der Weimarer Brief, der den Hauptakzent auf innerparteiliches Reformbemühen legte, auf notwendige Veränderungen

37 »Bericht des Abteilungsleiters zum 1. August 1988«, in: ACDP VII-013-3420.

38 Else ACKERMANN, »Die Revolution – ein Flächenbrand? Eindrücke aus Brandenburg«, in: *Zeitschrift zur politischen Bildung/EichholzBrief* 1991, 2. Quartal, S. 101-115.

39 Gekürzte Versionen vgl. bereits an folgenden Stellen: ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 106-109 und »Begleittexte auf dem Weg zur Einheit«, hrsg. von der Exil-CDU, Berlin 1990, S. 23-29.

im DDR-System überhaupt ab. Darauf deutet bereits der Begleitbrief von Frau Ackermann an Götting hin, in dem es heißt, daß die Wurzeln der politischen Spannungen »im gegenwärtigen politischen und ökonomischen Institutionsgefüge unseres Staates begründet« liegen und daß die Verfasser zu »Problemen in unserer Republik« Stellung nehmen wollen.[40] Schon die Überschrift des Briefes weist aus, daß es über den parteiinternen Aspekt hinaus um »gesellschaftspolitische Fragen in der DDR« geht. In seinen Anklagen und Forderungen ist er ansonsten nahezu identisch mit dem »Brief aus Weimar«: Sie betreffen die Ausreiseproblematik, den Mangel an geistigem Pluralismus, die Gleichschaltung der Medien, die mangelnde Transparenz politischen Handelns, die politisch-psychologische Entmündigung der Bürger, die Basisferne von Staats- und Parteifunktionären und anderes mehr. Besonders akzentuiert wird in beiden Briefen das Problem der politischen Überforderung der (protestantischen) Kirchen: Sie müssen von ihrem »politischen Ballast des Vorbringens und der Diskussion gesellschaftlicher Probleme« befreit werden.[41] Diesen spezifischen Aspekt der von den Kirchen anstelle der versagenden politischen Institutionen übernommenen gesellschaftlichen Verantwortung nahm später de Maizière in sein Referat beim Sonderparteitag auf: »Die gegenwärtige Stellvertreterrolle der Kirchen in gesellschaftlichen Fragen ist nicht kirchliche Anmaßung, sondern ist den Kirchen objektiv aufgedrängt und zugemutet worden, weil die Parteien und speziell auch unsere Partei als Partei von Christen ihre öffentliche Aufgabe nur ungenügend wahrgenommen haben.«[42]

Der Neuenhagener Brief ist also dem »Brief aus Weimar« gleichwertig an die Seite zu stellen. Natürlich war im Sommer 1988 die politische Gesamtsituation noch nicht reif für Wirkungen und Folgen, wie der Weimarer Brief sie zeitigte. Auch gaben die Neuenhagener ihrem Brief aus Vorsicht keine große Öffentlichkeit, mußten gleichsam konspirativ mit ihm umgehen. Sie brachten nur wenige Exemplare in Umlauf, ließen Ausgabe und Rückgabe jeweils quittieren und wurden schließlich zur Vernichtung des Briefes gezwungen. Frau Dr. Ackermann, Ärztin, verlor am 13.4.1989 aus fadenscheinigen Gründen ihre Stelle bei der Akademie der Wissenschaften in Berlin. An ihrem Privatauto mußte sie Manipulationen feststellen.[43]

Im Oktober 1989 gehörte Frau Ackermann zu den Initiatoren des »Aufrufs zu einem Sonderparteitag«, wie ihn die 'Weimarer' forderten.[44] Am 31. Oktober 1989 war sie dabei, als diese sich in einem kleinstädtischen

40 Zusammen mit dem Brief in: ACDP VII-010-3942.

41 So zusammenfassend die Formulierung der 'Weimarer' in der Aussprache beim Parteivorstand in Berlin am 26.9.89; vgl. das Protokoll darüber in: ACDP VII-010-3529.

42 Vgl. das Referat in »Erneuerung und Zukunft« (wie Anm. 36), S. 9.

43 Dazu ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 105.

44 ACDP VII-010-3529.

evangelischen Pfarrhaus am östlichen Stadtrand Berlins mit einigen CDU-Reformern trafen, um den für den nächsten Tag geplanten Besuch bei Götting vorzubereiten, der schließlich zu dessen Rücktritt am 2. November führte.[45] Heute ist Frau Ackermann Mitglied des Deutschen Bundestages, als Nachrückerin für Lothar de Maizière, der am 11. September 1991 sein Mandat niederlegte.

In einer Vorstandssitzung des Kreisverbandes Strausberg am 20. Februar 1989 monierte Frau Ackermann, daß sie auf den Neuenhagener Brief vom Juni 1988 noch keine Antwort erhalten habe[46]; offenbar meinte sie: keine substantielle, wirklich auf ihre Fragen eingehende Antwort vom Parteivorstand selbst. Denn geschehen war durchaus etwas: Schon am 6. Juli 1988 hatte Präsidiumsmitglied Niggemeier im Namen Göttings an Frau Ackermann geschrieben, man wisse, daß am 28. Juli der erweiterte Neuenhagener Ortsgruppenvorstand mit dem Bezirksvorstand zu einem Gespräch zusammenkommen werde. Der Parteivorsitzende hoffe, daß es dort zu dem gewünschten Dialog komme.[47] In Berlin wollte man also offenbar nach bewährtem Muster die Problemlösung den Kreisen und Bezirken zuschieben. In einer Sitzung des Bezirkssekretariats Frankfurt/O. vom 12. Juli 1988 wird die Wirkung des Briefes auf Bezirksebene erstmals sichtbar. Das Protokoll vermerkt vage, aus dem Brief und den Unruhen in Neuenhagen ergäben sich »Aufgaben und Schlußfolgerungen« für den Bezirk. Das von Niggemeier avisierte Gespräch zwischen Bezirks- und Ortsgruppenvorstand sollte nun schon am 14. Juli stattfinden[48]; offenbar sah man die Sache als dringlich an. Der Bezirksvorsitzende mußte in diesen Wochen zeitweise täglich nach Berlin eilen, um Götting über die Neuenhagener Situation zu berichten.[49] Glaubt man den Worten des Frankfurter Bezirksvorsitzenden Werner Zachow, so befand sich diese nach »entsprechenden Gesprächen ... auf dem Wege einer vernünftigen Klärung«. Von den »unhaltbaren Formulierungen« des Briefes hätten alle Neuenhagener Gesprächspartner Abstand genommen. Es herrsche »bei allen Disziplin und Einsicht«. Von den acht vervielfältigten Exemplaren des Briefes seien vorerst sieben in seiner Gegenwart vernichtet worden.[50] Beschwichtigungsformeln wie diese waren in Berichten 'nach oben' üblich, doch hier handelte es sich offensichtlich um eine Lüge. In Wirklichkeit

45 ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 112; vgl. oben S. 9.

46 ACDP, Bestand CDU-Kreisverband Strausberg, II-305 (unverzeichnet).

47 ACDP VII-010-3942.

48 Protokoll der Sitzung in: ACDP, Bestand CDU-Bezirksverband Frankfurt/O., III-039 (unverzeichnet).

49 ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 105.

50 Aus dem Begleitbrief an Wolfgang Heyl vom 27. Juli 1988 zu dem persönlichen Informationsbericht an Götting für Juli 1988; in: ACDP III-039 (unverzeichnet). Der eigentliche Bericht findet sich im Original in den Akten der Parteizentrale, ACDP VII-013-3420. Dort werden die Neuenhagener Vorgänge nicht thematisiert.

wurden die Briefexemplare nämlich erst fast einen Monat nach Zachows Bericht, am 20. August 1988, in seiner Anwesenheit vernichtet, und zwar wurden sie verbrannt; offenbar weil er dies noch nicht wissen konnte, wählte er die neutrale Formulierung »vernichtet«. Die Verfasser wollten mit dem 'Feuertod' ihres Briefes symbolträchtig an die Bücherverbrennung von 1933 erinnern.[51]

Entgegen den Beteuerungen des Bezirksvorstandes war weder in Neuenhagen noch anderwärts Ruhe eingekehrt. Frau Ackermann warf bei einer erweiterten Kreisvorstandssitzung in Strausberg am 20. Februar 1989 die Frage auf, ob die DDR überhaupt ein Rechtsstaat sei und welche Rechtsgrundlagen sie habe. Außerdem konstatierte sie ein »Belügen (der DDR-Bürger, M.A.) durch Staatsfunktionäre«.[52] Werner Zachow teilte in seinem persönlichen Informationsbericht an Götting für den Monat September 1989 mit, der inzwischen bekanntgewordene »Brief aus Weimar« habe bei vielen Unionsfreunden eine »zunehmende Ungeduld« hervorgerufen. Früher moderat vorgetragene Wünsche würden »jetzt massiv als Forderung erhoben«. Lokale Schwerpunkte der Kritik seien der Kreisverband Beeskow und die Ortsgruppe Neuenhagen. Auf deren letzter Jahreshauptversammlung habe der Pfarrer Friske aus Altlandsberg im Blick auf die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 von »offenem Betrug« gesprochen.[53] Er selbst habe an dieser Jahreshauptversammlung Anfang März 1989 teilgenommen; auch alle monatlichen Mitgliederversammlungen der Ortsgruppe Neuenhagen seit Juni 1988 seien von Mitgliedern des Frankfurter Bezirksvorstandes kontrolliert worden und würden es weiterhin.[54] Der von Frau Ackermann bei jener Versammlung abgelegte Rechenschaftsbericht der Ortsgruppe sei voll gewesen von »individuellen Wertungen, Verallgemeinerungen, Entstellungen« und sei offensichtlich nicht mit dem übrigen Vorstand abgestimmt gewesen.[55]

Über die Neuenhagener Jahreshauptversammlung vom März 1989 sind wir auch durch das Protokoll einer Strausberger Kreissekretariatssitzung vom 27.3.1989 informiert, auf der Kreissekretär Bernd Knoch ausgiebig über die kurz zurückliegende Ortsgruppenversammlung referierte. Zwar gewann auch er den Eindruck, daß der Rechenschaftsbericht der Ortsgruppe, bei

51 So ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 105. Sie zitiert aus dem Vernichtungsprotokoll und widerlegt damit implizit Zachows Darstellung. – Übrigens habe Götting – so Ackermann – später ihr gegenüber die Vernichtungsanweisung bestritten.

52 Handschriftliches Protokoll der Sitzung in ACDP II-305 (unverzeichnet).

53 Pfarrer Helmut Friske war einer der Wortführer der Neuenhagener Reformer, zugleich Mitglied der Arbeitsgruppe »Familienpolitik« beim Hauptvorstand der CDU. – Zachows Bericht vom 27.9.1989 in: ACDP VII-013-3422.

54 So Zachow in einem Informationsbericht an Götting vom 29.3.1989, in: ACDP VII-013-3421. So auch bei ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 105.

55 Bericht vom 29.3.1989 (wie Anm. 54).

dem die Anliegen des brisanten Briefes an den Parteivorstand klar dominierten, weitgehend von Frau Ackermann allein verfaßt war, doch wurde er offensichtlich von der gesamten Ortsgruppe mitgetragen. »Niemand des Ortsgruppenvorstandes und der Ortsgruppe« – so Knoch – »sprach sich gegen falsche inhaltliche Aspekte des Berichtes aus.«[56] Offenbar hat der Kreissekretär die Aktivitäten der Reformer gedeckt oder sogar unterstützt. Darauf weisen die moderate Art seiner Berichterstattung sowie einige andere Indizien hin.[57] In seiner Gesamteinschätzung mußte er gleichwohl ehrlicherweise zu dem Urteil kommen, daß die Neuenhagener Versammlung »in vielen Punkten nicht der Zielstellung der 5. Tagung des Hauptvorstandes« entsprochen und der von Frau Ackermann abgegebene Bericht »viele Passagen mit einer negativen Tendenz« enthalten habe.[58] In dieser zutreffenden Einschätzung zeigte sich zugleich, daß die »vielfältigen Aktivitäten zur gezielten Einflußnahme« und die »konkreten Maßnahmen unter straffer Kontrolle des Bezirkssekretariats vor Ort im Kreissekretariat Strausberg«, auf die Zachow in seinen Berichten nach Berlin vollmundig hinwies[59], wenig gefruchtet hatten. Welche Bedeutung die Parteispitze den Neuenhagener Vorgängen beimaß, zeigt sich übrigens auch daran, daß als Beobachter und womöglicher Schlichter an der Jahreshauptversammlung auch ein Mitglied des Hauptvorstandes teilnahm – der stellvertretende Minister für Handel und Versorgung, Dr. Harald Naumann. Dem fiel aber auch nichts Besseres ein, als die widerspenstige Ortsgruppe auf die Beschlüsse des 16. Parteitages[60] und auf ihre eigentlichen kommunalpolitischen Aufgaben hinzuweisen.[61]

Die Briefe aus Neuenhagen und aus Weimar waren Kristallisationspunkte eines breiten Reformverlangens an der Basis der Ost-CDU. Zwar wurden Unmut und Kritik in den unteren Ebenen der Partei erst im Zuge der an die Person Gorbatschows geknüpften politisch-ideologischen Reformen in den Ostblockstaaten seit etwa Mitte der achtziger Jahre deutlich erkennbar, doch kamen dabei Anliegen zum Vorschein, die letztlich schon seit den

56 Das Protokoll vom 5.4.1989 in: ACDP II-305 (unverzeichnet).

57 Vgl. auch einen entsprechenden Hinweis bei ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 102.

58 Knochs Protokoll vom 5.4.1989 (wie Anm. 56).

59 Informationsbericht an Götting vom 29.3.1989 (wie Anm. 54) und Begleitbrief an Heyl vom 24.8.1989 zum Informationsbericht an Götting vom selben Tag für August 1989, in: ACDP III-039 (unverzeichnet).

60 Er fand vom 14. bis 16.10.1987 in Dresden statt und war der letzte reguläre Parteitag vor der 'Wende'. Wie üblich wurden auch hier die auf den unteren Parteiebenen kontrovers diskutierten Themen wie z.B. das Recht auf Wehrdienstverweigerung oder die Diskriminierung praktizierender Christen im öffentlichen Leben gar nicht behandelt oder mit den bekannten SED-Argumenten abgetan. Kritiklose Anlehnung an SED-Linie und an Staatspolitik der DDR. Vgl. Andreas SCHLOTMANN, *Zum 16. Parteitag der CDU der DDR (14.-16.10.87)*, hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut, 30. November 1987 (Analysen und Berichte, Nr. 14/1987).

61 Knochs Protokoll vom 5.4.89 (wie Anm. 56).

fünfziger Jahren unter den Mitgliedern virulent waren, die aber von der Parteileitung notorisch ignoriert, unterdrückt oder verharmlost wurden. Der Bruch zwischen Führung und Basis der Partei wurde am Beispiel der Briefe, ihrer Behandlung und ihrer Folgen offensichtlich. Er dürfte strukturell einer fundamentalen Vertrauenskrise innerhalb der gesamten DDR-Bevölkerung gegenüber ihren Staatsfunktionären entsprochen haben. Insofern müßten Enttäuschung, Abwehrhaltung und Verweigerung nicht ausschließlich parteispezifisch sein, sondern könnten Befindlichkeiten repräsentieren und bündeln, die auch in Teilen der nicht parteilich organisierten Bevölkerung vorhanden waren. Der Neuenhagener Brief deutet dies an, und auch Gottfried Müller weist darauf hin.[62] Bei der CDU wäre dieser Zusammenhang besonders naheliegend, weil in ihr nahezu alle Schichten und sozialen Gruppen der DDR-Gesellschaft vertreten waren. Doch muß diese Frage eingehenderer Untersuchung vorbehalten bleiben.

Sowohl der »Brief aus Weimar« als auch der »Brief aus Neuenhagen« verblieben mit ihren Reformgedanken noch auf dem Boden sozialistischer Staatsvorstellungen. Im Ansatz ging es ihnen nicht um die Abschaffung der DDR, sondern um ihre Erneuerung und die ihrer Parteien im Geist eines demokratischen Sozialismus. Damit standen sie, als parteiliche Erneuerungsbestrebungen, im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Oppositionsbewegung, die sich seit etwa Mitte der achtziger Jahre vor allem auf dem Boden oder unter dem Schutz der (protestantischen) Kirchen ausbreiteten.[63] Daß beiden Bewegungen, ob aus dem Innern oder von außerhalb einer Parteiorganisation kommend, zunächst nur ein reformierter Sozialismus als Zielvorstellung denkbar schien, kann ex post den damaligen Reformern nicht zum Nachteil gereichen. »Die geschichtliche Erfahrung lehrt« – so Else Ackermann erklärend –, »daß man sich an dem orientiert, was man kennt.«[64] Die Wende vom bloßen Reformwillen gegenüber der DDR hin zur Wiedervereinigung konnte im Sommer 1988 und auch noch im September 1989 niemand absehen. Erst nach dem Rücktritt Honeckers am 18. Oktober und nach dem Fall der Mauer wurde aus dem anfänglichen Revolutionsruf »Wir sind das Volk« die Parole »Wir sind ein Volk« und damit das Ziel einer Wiedervereinigung unter den Prämissen von parlamentarischer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft sichtbar.

---

62 MÜLLER, DDR-Blockpartei (wie Anm. 21).

63 Vgl. dazu etwa Markus SCHUBERT, »Zur Vorgeschichte der neuen deutschen Bundesländer I: Politische Initiativgruppen und Parteigründungen zur Zeit des Zusammenbruchs der DDR«, in: *Libertas. Europäische Zeitschrift*, Heft 1-2 (1992), S. 66-94 und: *Zurück zu Deutschland* (wie Anm. 17).

64 ACKERMANN (wie Anm. 38), S. 115. Ähnlich auch MÜLLER, DDR-Blockpartei (wie Anm. 21).

Gedanken der CDU-Ortsgruppe Neuenhagen zu gesellschaftspolitischen Fragen in der DDR

Wir sind in Neuenhagen eine relativ große Ortsgruppe. Die Mitgliederzahl von 60 Unionsfreunden darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Mehrheit der Mitglieder einer Mitarbeit in der Ortsgruppe verweigert. In Wirklichkeit wird das Gesicht der Ortsgruppe nur von einem harten Kern von etwa 15 Unionsfreunden bestimmt, der die Triebfeder für die gesellschaftliche Arbeit ist.

Von ihm gehen Ideen, Impulse, Initiativen aus, er trägt die Organisation, in ihm sind die Abgeordneten integriert, die das Ansehen der Ortsgruppe nach außen weitgehend bestimmen. Der Rest der Ortsgruppe erscheint zur Weihnachtsfeier, aber auch nicht vollzählig, aus Lust am Feiern mit Ferien von der Politik und zur Jahreshauptversammlung aus Pflichtgefühl. Diese Unionsfreunde entziehen sich durch intermittierende oder ständige Abwesenheit der Parteiarbeit, behindern den Informationsfluß und damit die Einflußnahme auf die Mitglieder. Schriftliche Appelle und mündliche Ermahnungen greifen vielleicht in der Zukunft.

Dabei ist der Vorstand nicht untätig, die Attraktivität der Mitgliederversammlungen durch aktuelle und auch vom Hauptvorstand empfohlene Themen mit entsprechenden Referenten sowie Offenheit in der Diskussion zu erhöhen.

Was ist die Ursache für die Verweigerungshaltung? Es besteht kein Zweifel, daß die Unionsfreunde unserer Ortsgruppe eine Repräsentation des Bevölkerungsdurchschnitts en miniature sind. In persönlichen Gesprächen, in denen die psychischen Barrieren – bedingt durch die Öffentlichkeit – wegfallen, werden die Sorgen, Ängste, Ärgernisse, Enttäuschungen, Abwehrhaltungen, aber auch Zustimmungen und Freuden offenbart, wie man sie auch in der Bevölkerung und am Arbeitsplatz vorfindet. Diese Form der Meinungsforschung führt zu Ergebnissen, die sich nicht mit dem vom Apparat und der von ihr geleiteten Presse decken.

Offizielle und inoffizielle öffentliche Meinung klaffen wie zwei Scherenblätter auseinander, weil der Partei- und Staatsapparat (im folgenden Text Apparat) an dem Bild einer heilen Welt festhalten, in der nicht sein kann, was nicht sein darf. Das durch Gorbatschow verordnete Neue Denken hat auch in der DDR Fuß gefaßt, weil hier das offiziell verordnete alte Denken längst abgelegt und seit vielen Jahren durch inoffizielles Neues Denken ersetzt wurde. Unsere Gesellschaft erscheint uns genau so reif für Reformen wie die sowjetische, nur anders, weil durch jahrzehntelanges Abgrenzen ihre Fähigkeit zur demokratischen Mitwirkung verkümmert ist. Vielmehr haben Heuchelei und ein kultivierter Provinzialismus die Lebensbedingungen verschlechtert. Der Mensch lebt eben nicht vom Brot allein, und Lebensqualität wird nicht allein dadurch definiert, daß jeder genug zu essen und eine Wohnung hat.

Wir machen uns Sorgen um die zunehmende Verweigerung besonders junger Menschen im Beruf und im gesellschaftlichen Leben, ihr demonstratives Desinteresse an Politik und Verantwortung. Ein Teil dieser Menschen will seine Heimat verlassen und in die BRD ausreisen. Jede Ausreise ist aber auch eine Kritik an dem in der DDR praktizierten Gesellschaftssystem mit der ihm innewohnenden Entmündigungspraxis und bedarf einer Analyse, deren Ergebnis der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollte. Die bisherige Praxis der Ausgrenzung der Antragsteller bis hin zur

Kriminalisierung, das Unvermögen des Apparates, die Beweggründe der Ausreisewilligen zu akzeptieren oder wenigstens anzuhören und publik zu machen mit der Bereitschaft, Mißstände – so sie existieren – zu beseitigen, fördert nicht das Vertrauen zur SED und Regierung und schwächt die Bündnispolitik.

Inzwischen hat sich bei vielen DDR-Bürgern ein Abgrenzungssyndrom entwikkelt mit gewissen Hospitalisierungserscheinungen einer bevormundeten Existenz. Zu diesem Syndrom gehören Verantwortungsscheu unter starkem Anpassungsdruck. Die Ausreisewilligen sind häufig die kritischen DDR-Bürger, die etwas verändern wollen, was ihnen reformbedürftig erscheint. Unser Gesellschaftssystem hat sich zu einer Zeit entwickelt, da wir den politischen Aufbau vorrangig von oben her in Angriff nahmen und zentrale Planung, Lenkung sowie die Durchsetzung des zentralen Kurses Vorrang hatten. Über die Jahrzehnte haben wir uns so an das Administrieren gewöhnt, daß wir das Regieren verlernt haben. Diese Form des demokratischen Zentralismus haben wir in allen europäischen sozialistischen Staaten mit interessanten nationalen Besonderheiten, die in der DDR durch preußische Züge charakterisiert sind. Zweifelsohne haben wir es hier noch mit dem stalinistischen Erbe zu tun, das nicht nur mit der Ära des Personenkults zu umschreiben ist. Gorbatschow mit seiner Umgestaltung spricht unverblümt aus, was uns alle bewegt und jeder in seinem Buch »Perestroika« nachlesen kann, so er Gelegenheit dazu hat. In der Presse des sozialistischen Auslands (nicht die UdSSR) kann man lesen, daß zwar der Personenkult abgeschafft, aber in den osteuropäischen Staaten das sogenannte »sowjetische Modell des Sozialismus über die paternalistischen Reflexe des bürokratischen Zentralismus« nicht hinausgekommen sei. Die Transparenz des politischen Handelns, eine entscheidende Voraussetzung für Demokratie, auch die sozialistische, wird von Gorbatschow ernsthaft betrieben und von den Menschen in der DDR vermißt. Deshalb haben sich in Gesellschaft, Wirtschaft, gesellschaftlichem Leben und in sämtlichen existentiellen Bereichen viele Spannungen angehäuft, die von den Menschen in unterschiedlicher Weise abreagiert werden. Das eine Extrem ist die Verweigerung, das andere der Ausreisewille. Dazwischen liegt die Skala der Anpassungsmodalitäten mit der Heuchelei als Leitsyndrom. Das Ergebnis ist ein müdes innenpolitisches Leben. Da sich das Handeln nur auf die Durchführung zentraler Programme beschränkt, sind auch die Parteiorganisationen vielerorts gelähmt.

Die in den vergangenen zwei Jahren begonnene Praxis der Reiseerleichterungen für Bürger unterhalb des Rentenalters in die BRD hat die Menschen nicht nur beglückt, sondern ihnen auch die Schwachstellen unserer Gesellschaft gezeigt durch einfachen Vergleich. Aus der Reihenfolge: Hören, sehen, lesen entsteht als typisch menschliche Leistung ein Resultat. Aus diesem leiten sich Forderungen und auch phantasievolle Wunschvorstellungen ab, denen nicht überall und immer mit dem nötigen Verständnis und einfach mit der Fähigkeit das Zuhörens von seiten des Apparates begegnet wurde; denn die Ideologie bedingte jahrzehntelang betriebene Vorstellung einer »geschlossenen Gesellschaft«, für die der Marxismus-Leninismus gar keine Theorie hat, bedeutet die primitiv-schematische Auffassung der anderen Seite als eines Schreckgespenstes, vor der der Bürger bewahrt werden muß, was durch Abgrenzung geschieht, und der grundsätzlich moralischen, politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit unserer Seite, die sich aber nicht immer mit den

Erfahrungen der Bürger deckt. Die geschlossene Gesellschaft ist aber in der heutigen Zeit der politischen Öffnung eine ideologische Deformation und wird von den Menschen als Anachronismus empfunden. Unsere Ortsgruppe ist nicht aufgerufen, eine gesellschaftliche Analyse anzufertigen. Sie ist aber durchaus mündig und berufen, über bedrückende Umstände nachzudenken und nach Lösungswegen zu suchen.

Der Vorstand der CDU-Ortsgruppe in Neuenhagen fragt nach der Eigenständigkeit der CDU in unserem Land, die sich nicht in Appellen an die christliche Ethik und Moral erschöpfen darf. Nach vielen, intensiven Diskussionen haben sich vier Schwerpunkte herauskristallisiert, zu denen wir Fragen und Vorstellungen entwickelt haben. Sie umfassen folgende Problemkreise:

1. Die Ausreise- und Reisewelle in der DDR und ihre Handhabung durch den Apparat,
2. der fehlende geistige Pluralismus,
3. der Stand der Vertretungsdemokratie,
4. das Verhältnis von Staat und Kirche.

1. Die Ausreise- und Reisewelle in der DDR und ihre Handhabung durch den Apparat

Die Handhabung der Reisepraxis in der DDR zu Reisen in die BRD ist zwar großzügiger geworden, aber deshalb nicht gerechter. Eine Zahlenangabe von 5 Millionen DDR-Bürgern, die in einem Jahr die Grenze Richtung BRD passieren, ist zwar bei 16,9 Millionen Einwohnern eine respektable Zahl. Wir wollen aber nicht vergessen, daß der überwiegende Teil der Reisenden im Rentenalter ist und die Grenze theoretisch 60 mal passieren darf. Die Zahl der Reisenden wird also niedriger gelegen haben. Die Gemüter erhitzen sich aber nicht an diesem Rentenzahlenbeispiel, sondern an den Menschen, die reisen dürfen, und denen, denen diese Reisen verwehrt werden. Da es keine klaren Rechtsvorschriften gibt, dafür aber eine Fülle von Gerüchten, ist der Phantasie freier Raum gelassen. Wenn man sich die Mühe macht und die Geschichten analysiert, fällt auf, daß viele Menschen mehrmals im Jahr fahren dürfen, andere dagegen abschlägig behandelt werden. Auch eine nachgewiesene Verwandtschaft ersten Grades gibt kein Anrecht auf eine Reiseerlaubnis, weil selbst der Besuch der Mutter oder Tochter verweigert werden kann, andere Bürger im arbeitsfähigen Alter aber sogar zu Freunden in die BRD reisen dürfen. Da es keine Begründung für Absagen gibt, suchen die Opfer dieser behördlichen Willkür in Abhängigkeit von ihrer psychischen Konstellation die Schuld bei sich, indem sie ihre politische Vergangenheit durchforsten und meistens auch fündig werden, oder sie verweigern sich aus tiefer Verärgerung. Andere werden krank und entwickeln das Abgrenzungssyndrom. Reisebenachteiligte, das sind die Verfemten der Gesellschaft, verfeinden sich aus Neid mit Reiseprivilegierten und beschließen, noch weniger zu arbeiten als vorher und streiken legal mit Krankenschein. Der Bürger wird zum Bittsteller degradiert, dem – wenn er bittend protestiert – das Recht eingeräumt wird, sich mit Eingabe-Petitionen an das Staatsoberhaupt zu wenden. Diese entwürdigende Praxis erinnert an überwundene Zeiten, in denen Bürgern das Recht zugebilligt wurde, sich mit einer Bittschrift an einem bestimmten Ort (Bittschriftenlinde) an den

Landesherrn zu wenden mit der Bitte um wohlwollende Beurteilung seines Anliegens. Auch damals bedurfte die Ablehnung durch den Souverän keiner Begründung. Aber heute in unserer sozialistischen Demokratie werden durch diese Praxis bei vielen Bürgern bittere Gefühle geweckt.

Denselben Rechtsunsicherheiten unterliegen die Bürger, die die DDR verlassen wollen, also einen Ausreiseantrag stellen und aus der Staatsbürgerschaft entlassen werden wollen. Allein die Praxis der Ausreisegenehmigung ist nicht frei von behördlicher Willkür und kommt in vielen Fällen einer Ausweisung gleich.

Die Zahl der Ausreisewilligen hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Offizielle Zahlen werden nicht genannt, vielleicht weil sie zu hoch sind.

Auch dieses Verhalten gibt zu Spekulationen Anlaß. Immer ist der Ausreisewunsch eine Gesellschaftskritik und immer bedeutet er einen Bruch mit einer vertrauten Umgebung, die man als Heimat bezeichnet. Viele könnte man halten, wenn man den Mut fände, ihnen den nötigen Freiraum für ihre Vorstellungen zu lassen. Es läuft also auch eine innere Grenze zwischen dem Apparat und den Menschen, die kein Gehör gefunden haben, nur weil sie eine von der offiziellen Meinung abweichende Auffassung von der Gesellschaftspolitik haben. Verweigerung und Ausreise sind nur graduelle Unterschiede eines Verhaltens, das gemeinsame Wurzeln hat.

Wenn die Kirche für einen Teil dieser Menschen einen Zufluchtsort darstellt, in dem sie sprechen dürfen, weil sie Zuhörer finden, die sie nicht bestrafen wegen ihrer Gedanken, dann hat die Kirche eine Aufgabe übertragen bekommen, bei deren Lösung die politischen Parteien versagt haben. Die Bedenken der Kirchenvertreter, aber auch die Verantwortung, die die Kirche jetzt gezwungenermaßen tragen muß, waren von Dr. Krusche in der Neuen Zeit vom 13.02.1988 unmißverständlich geäußert worden.

Die CDU hat sich mittels ihres Presseorgans der Meinung eines hochrangigen Kirchenvertreters bedient, um sich nicht selbst artikulieren zu müssen. Damit hat auch die Partei, der wir angehören, sich den Fragen der Gesellschaft einschließlich der politisch engagierten Christen, deren Interessen sie vorgibt zu vertreten, nicht gestellt.

Diskussionen zu diesem brisanten Thema müssen nicht unbedingt in den Presseorganen erfolgen.

Raum für gesellschaftspolitische Fragen bilden auch die örtlichen Mitgliederversammlungen, auf denen Vertreter höherer Parteigremien eine geeignete Plattform fänden, um ihren Standpunkt und vielleicht auch die Grenzen der Bündnispolitik zu erläutern.

Es geht nicht an, daß kritische gesellschaftspolitische Fragen, die immer ihre Ursachen haben, an unpolitische Organisationen wie die Kirche abgeschoben werden. Das christliche Ethos, das von den höheren Parteiebenen immer dann beschworen wird, wenn das sozialistische Ethos zu schwinden droht – Indikatoren sind Schlamperei, Kriminalität, Alkoholismus –, verpflichtet auch zur Wahrheitsfindung, so wie Christ sein bedeutet, nach der Wahrheit zu suchen.

Es geht nicht an, daß die CDU die Wahrheitsfindung den Vertretern der Kirche überläßt. Auch die Ausreisewilligen sind letztlich auf der Suche nach der Wahrheit, weil sie diese in der herrschenden Ideologie nicht finden. Mit Recht sind Staat

und Kirche getrennt. Wer seine ihm zugedachten Aufgaben aber an andere abgibt, verliert Vertrauen, das in ihn gesetzt wurde, und führt zu einem Schattendasein, eine besondere Form des Ausgrenzungssyndroms.

Wir meinen, daß die Zeit für klare gesetzliche Regelungen der Reisen in das kapitalistische Ausland einschließlich in die BRD gekommen ist, die dem abgewiesenen Bürger Einspruchsmittel auf dem Boden des Rechts gibt und den Apparat in die Pflicht nimmt, dem Bürger die Gründe für einen abschlägigen Bescheid zu nennen. Sozialismus und restriktive Reisepolitik sind weder durch Marx noch durch Lenin zu begründen, sondern sind Ausdruck der Angst vor der Öffnung und nur eine Bemäntelung rückständiger Verhältnisse, die viele Bürger als trostlos empfinden. Reisebeschränkungen, die schon im 19. Jahrhundert überholt waren, stellen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts erst recht einen Anachronismus dar. Deshalb sollte jeder reiselustige Bürger, wie in Ungarn seit Januar dieses Jahres, vom Recht des Reisens Gebrauch machen dürfen, wenn nicht ökonomische Gründe eine partielle Beschränkung erzwingen, Details dieses Reiserechts ebenso wie die des Ausreiserechts sind von Kirchenvertretern an anderer Stelle vorgestellt, diskutiert und von vielen Bürgern als an die Realitäten angepaßt empfunden worden. Sie könnten Basis für eine kritische Diskussion innerhalb der CDU sein.

2. Der fehlende geistige Pluralismus

Der geistige Pluralismus bedeutet für den Bürger, daß er sich auch dann öffentlich artikulieren darf, wenn er eine vom Apparat und der SED abweichende Meinung äußert und diese in Presse, Rundfunk und Fernsehen wiederfindet. Es ist ein elementares Bedürfnis verschiedener Gruppen der Gesellschaft, ihre Standpunkte auf öffentlichen Foren zu äußern und eine Konfrontation der Meinung zu schaffen. Sie wollen Offenheit, und die Spielregeln der Offenheit besagen, daß auch ihre Gegner zu Wort kommen müssen. Die bisherige Medienpolitik ist aber nach wie vor dazu angetan, die Kritik zum Schweigen zu bringen. So wurden im April einige Kirchenblätter ein Opfer der Zensur, ein Relikt der alten Ordnung, die statt zweifelndem Geist lakaienhafte Anpassung honoriert.

In unserer Medienpolitik ist der Zwang zum Verschweigen und zu tendenziöser Darstellung noch offenkundig, wenn sie auch bereits vom Hauch der Perestroika gestreift wurde. Dem gedruckten Wort fehlt deshalb die Glaubwürdigkeit. Die Titelseite unserer Tageszeitungen ist für die Hofnachrichten mit gewissen Nuancierungen aufgespart. Den breitesten Raum nimmt immer noch die Auflistung der Namen und der Funktion ihrer Träger ein. Langatmige Reden und Plenarberichte, vollgestopft mit Füllseln und Latinismen, die nur Wissenschaftlichkeit vortäuschen, wo keine ist, sowie langweilige statistische Zahlenkolonnen werden mit ermüdender Ausführlichkeit ohne eine journalistische Bewertung dem Leservolk angeboten. Diese erscheint dann einen oder mehrere Tage später im Heimkino aus der westlichen Hemisphäre mit schlagkräftigen und deshalb einleuchtenden Deutungen, die unsere Schwachstellen überbetonen und sich häufig von der Wahrheit entfernen. Die Modernisierung der Information ist ein aktuelles Problem und ein unaufschiebbares Bedürfnis der Gesellschaft. Schließlich ist die Publizität die Schwester der Demokratie, und an der

Titelseite unserer Tageszeitungen kann man den Stand der Demokratie in der DDR ablesen. Für viele CDU-Mitglieder sind der vielfach beschworene Aufbruch des 16. Parteitages und das Neue Denken aus der Sowjetunion in der Parteipresse nicht sichtbar. Es fehlt in der Darstellung der Politik und der Wirtschaft eine Eigenständigkeit der CDU. Solange die CDU-Mitglieder bewegende gesellschaftspolitische Probleme nur auf den untersten Parteiebenen diskutieren dürfen, um sie dort auszutrocknen und in ihrer Verweigerungshaltung parteigefördert zu festigen, wird auch der immer wieder zitierte Aufbruch nicht die Basis erreichen und eine belächelte Floskel bleiben. Wenn über die große Politik und die Gesellschaftspolitik in der Presse schon nicht realitätsgerecht und publikumswirksam berichtet werden darf, weil die Bündnispolitik es verbietet, dann sollte wenigstens die Umweltpolitik vom Atem des Neuen Denkens behaucht werden.

Wir sind in Neuenhagen besonders sensibel, wenn sich Außenstehende anmaßen, über unsere Abwasserprobleme in der CDU-Presse zu berichten. Die Neue Zeit hat zum Glück nicht die Breitenwirksamkeit, um durch schöngefärbte, verniedlichende Beschreibungen die Gemüter zu erregen. Aber Neues Denken bedeutet auch, daß die Schwachstellen schonungslos bloßgelegt und die Ursachen von Versäumnissen und Fehlentscheidungen öffentlich diskutiert werden. Das ist Aufgabe der Presse. Ansätze von Neuem Denken zeigten sich sogar in unserer Lokalpresse, dem Neuenhagener Echo.

3. Der Stand der Vertretungsdemokratie

Die wesentlichsten Garantien für die Durchsetzung des staatsbürgerlichen Willens bietet die Funktion der Vertretungsorgane. Je stärker ihr Einfluß, desto größer die Garantie, daß sich der Apparat nicht von seiner Rolle, nämlich dem Dienst an der Gesellschaft, entfernt. Da der Apparat vorgibt, die staatsbürgerlichen Rechte garantiert zu haben, ist das rechtliche Garantiesystem in den Hintergrund getreten, und die Gesellschaft hat sich damit abgefunden, daß sich die gesellschaftliche Kontrolle erübrigt. Die Vertretungsdemokratie unterliegt einer fortschreitenden Schwächung und ist damit eine der Ursachen für die gesellschaftliche Verweigerungshaltung der Bürger. Um diesen politischen Dämmerschlaf zu beenden, benötigen wir Foren konstruktiver Unzufriedenheit, auf denen auf Funktionärsstörungen des politischen Systems aufmerksam gemacht wird. Es muß die Sicherheit gegeben sein, daß kein Funktionär in bedeutenden gesellschaftlichen Fragen Entscheidungen treffen darf, ohne gesellschaftlich kontrolliert zu werden. Dazu gehört, daß dem Dirigieren von oben Schranken gesetzt werden. Das rechtliche Verhältnis von Staat und regierender Partei muß durch die Vertretungsdemokratie geklärt und neu bestimmt werden. Dazu brauchen die Abgeordneten als Volksvertreter und die Volkskammer als höchstes Vertretungsorgan mehr Gewicht bei der Entscheidungsfindung. Die Lösungswege zur Beseitigung der Probleme sind nicht einfach, weil sich immer mehr Menschen den gesellschaftlichen und politischen Forderungen unseres Landes entziehen. Wir finden nicht genügend und zudem noch qualifizierte Menschen mit Standfestigkeit, die sich den Problemen stellen und mit einer klaren Konzeption vor die Bürger treten, von denen sie gewählt werden sollen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Wähler niemanden finden, dem sie ihre Stimme wirklich geben würden. Deshalb entscheiden sie sich für einen Kandidaten, der ihnen vorgeschlagen wurde, von dem sie wenig wissen und nichts halten. Eingeübte jahrzehntelange Wahlpraktiken haben die Wähler befähigt, nur nach dem Leumund zu fragen und nicht nach dem Programm. Die Forderung nach einem Funktionswandel der Volksvertretungsorgane muß mit einem Pluralismus der Meinungsbildung gekoppelt werden, um ein kulturvolles Klima des politischen Meinungsstreits zu schaffen, in dem jeder angehört und der Bürger – also der Wähler – aus seinem abwartenden Verharren gerissen wird. Diese Wechselwirkung ist notwendig, um eine Mehrfachkandidatenwahl durchzusetzen, die aber voraussetzt, daß einige Bürger um ein Abgeordnetenmandat öffentlich durch Darlegung ihrer Programme vor den Wählern konkurrieren. Die Qualität der Abgeordnetenkanditaten entsteht nicht im Selbstlauf und schon gar nicht durch Beharren auf alten Positionen. Eine Umgestaltung der Gesellschaft mit Neuem Denken muß zunächst auf der höchsten Parteiebene und sichtbar für alle stattfinden, damit die Basis nicht das Präsidium überholt. Gerade wegen der bisher fehlenden Demokratie und der festgefahrenen Parteihierarchie schaut die Basis wie gebannt nach oben, um das befreiende Signal zu empfangen. Kritische Bürger und Unionsfreunde wollen ermuntert werden, damit sie nicht mit ihrem Veränderungswunsch im Parteigestrüpp hängen bleiben. Es fehlt einfach der Mut, Initiative unaufgefordert zu entfalten, die in jahrzehntelanger Entmündigung erstickt worden ist. Die immer gleichbleibende Minorität der CDU und anderer Parteien im Vergleich zur SED in nahezu allen gesellschaftlichen Gremien und auch in den Leitungen der Massenorganisationen trägt nicht dazu bei, die Bereitschaft der CDU-Mitglieder zu aktiver gesellschaftlicher Arbeit anzuregen. Dominierend ist immer in festgefügter Weise die SED, und Aussagen über die Parteizugehörigkeit in den Vorständen der gesellschaftlichen Organisationen und besonders der Kandidaten auf den Wählerlisten werden verschwiegen. Dadurch geht jedes Gefühl der Eigenständigkeit, der Stolz, für die eigene Partei wichtige Arbeit geleistet zu haben, verloren. Dieses Verfahren, entweder verordnet oder geduldet, fördert nicht den Ehrgeiz der Abgeordneten, eine wichtige Voraussetzung für Höchstleistungen, und trägt nicht zur Identifikation mit der Partei und der zu leistenden gesellschaftlichen Arbeit bei. Im Gegenteil, Fehlleistungen der SED – und auf kommunaler Ebene gibt es viele – müssen von den Blockparteien mitgetragen werden und gute Ergebnisse werden ausschließlich auf dem Konto der SED verbucht. Deshalb ist es kein Wunder, wenn der Bürger zwischen den Parteien keinen Unterschied macht, zumal im öffentlichen Sprachgebrauch und deshalb vom Hauptvorstand der CDU auch nicht zu übersehen, immer nur von der SED die Rede ist und die Anrede »liebe Freunde und Genossen« in der Öffentlichkeit von der CDU geduldeter Brauch ist. Mit der üblichen journalistischen Phraseologie, die die Gemüter einlullt und die Probleme vertuscht, wird man die Unionsfreunde nicht aus ihrer Lethargie wecken können. Es fehlt in allen Bereichen das Vertrauen zur Führung.

Es gibt noch weitere Gründe, daß sich immer weniger Bürger einer Abgeordnetenwahl stellen wollen. Die Abgeordnetenfunktion bedarf nämlich nicht nur einer inhaltlichen, sondern auch einer rechtlichen Neuregelung, weil die alte den Anforderungen, die die Gesellschaft an die Abgeordneten stellt, nicht mehr ge-

recht wird. Der Abgeordnete ist fast ausnahmslos vollbeschäftigt, also in einem Arbeitsrechtsverhältnis, das ihn laut Arbeitsvertrag zur Ausübung vorgeschriebener Tätigkeiten verpflichtet. In den Betrieben am Arbeitsplatz zählt nur das, was der Werktätige an Leistung materieller, ideeller oder gesellschaftlicher Natur für den Betrieb bringt, denn dafür wird er entlohnt. Gesellschaftliche Arbeit auf kommunaler Ebene ist für den Betriebsleiter naturgemäß uninteressant und wird allenfalls als eine Leistung zur Kenntnis genommen, von der er keinen Nutzen und die für ihn den Charakter einer nicht nachprüfbaren Hobbyarbeit hat. Hinzu kommt, daß die CDU – wie andere Blockparteien – in den Betrieben mit einer eigenen Parteiorganisation nicht vertreten ist und Parteiarbeit im Betrieb nur identisch mit der SED ist. Die beruflichen Weichen der Bürger werden ausschließlich in den Betrieben und nicht in den Territorien gestellt. Sie sind damit Weichen für das Leben! Abgeordnete, die – wenn sie Abgeordnetenarbeit ernst nehmen – sich auf Sitzungen, Verhandlungen, Kommissionen, Gespräche mit Bürgern gut vorbereiten wollen, müssen ihrer Arbeit häufiger fernbleiben oder diese im Vergleich zu ihren nicht gesellschaftlich engagierten Kollegen vernachlässigen. Diese gesellschaftlich eingebundenen Mitarbeiter können vom Standpunkt der Betriebsleitung nicht der gleichen beruflichen Förderung und Anerkennung unterliegen, wie Arbeitskollegen, die sich in – und sogar außerhalb – ihrer Dienstzeit mit der beruflichen Arbeit beschäftigen. Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen schützt die Abgeordneten nur juristisch, wenn sie ihrem Arbeitsplatz wegen ihrer gesellschaftlichen Arbeit fernbleiben. Dieses Gesetz kann aber Diskriminierungen wie z.B. Benachteiligungen bei Beförderungen, bei der Prämienverteilung usw. nicht verhindern. Das alles trägt nicht zur Attraktivität einer Abgeordnetenfunktion bei. Nicht umsonst sind viele Abgeordnete in leitenden Funktionen, weil sie nur dann über ihre Zeit verfügen und Arbeiten per Anweisung an ihre Untergebenen verteilen können. So hat sich auch hier eine Klassenstruktur herausgebildet, die der Demokratie abträglich ist. Auf der anderen Seite beklagen wir die mangelhafte Qualität der Arbeit der Abgeordneten, die ihre Autorität bei der Bevölkerung einschränkt und kein Klima des Vertrauens schafft. Die Abgeordnetenarbeit kann nur dann attraktiv werden, wenn den Abgeordneten mehr Rechte als bisher eingeräumt werden. Dazu bedarf es großzügiger Freistellungen mit einem ungehinderten Zugang zu Informationsmaterialien über alle Bereiche der Volkswirtschaft, Dienstleistungen, Umweltschutz und andere Bereiche, die einer für den Bürger unverständlichen Geheimhaltung unterliegen, kurz Transparenz im Informationsfluß. Für einen ungeschulten Bürger, der nur dazu erzogen worden ist, nach Aufruf die Hand zur Abstimmung über Dokumente zu heben, die er nicht gelesen oder nicht verstanden hat, weil ihm Hintergründe bewußt vorenthalten wurden, ist eine Legislaturperiode von fünf Jahren ein Stolperweg voller Enttäuschungen und der Gewißheit, wenig oder sogar nichts bewegt zu haben.

Wir brauchen gerade im Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen eine breite kritische Diskussion auf den unteren Parteiebenen über die sinnvolle Abgeordnetentätigkeit, die dem Neuen Denken gerecht wird, die Abgeordnetentätigkeit effektiver für die Gesellschaft macht und dem Abgeordneten in seinem Berufsleben keine Benachteiligung bringen und ihn privat finanziell nicht belasten darf. Gerade außerhalb von Städten, in ländlichen Gebieten, braucht der Abgeordnete ein eigenes

Fahrzeug, in der Regel ein Auto, um in zumutbaren Zeiträumen seine gesellschaftliche außerdienstliche Tätigkeit zu verrichten. Die Unkosten und Risiken trägt er selbst, ein weiterer Gesichtspunkt für die fehlende Attraktivität einer Abgeordnetenfunktion.

Appelle an Gesinnung und Moral werden hier genauso wie auf anderen gesellschaftlichen Feldern versagen, weil sie sich nicht an der Wirklichkeit orientieren. Deshalb braucht auch der Abgeordnete eine Aufwandsentschädigung, die finanzielle Verluste großzügig abdeckt, sowie ein Auto, das er heute und nicht nach 17 Jahren Bestellzeit kaufen kann.

Auch sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht eine berufliche Freistellung für die Dauer der Abgeordnetentätigkeit der Sache mehr dient als die bisherige Lösung.

Abnutzungserscheinungen, von denen doch niemand verschont bleibt, sind bei exponierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens besonders ausgeprägt, z.B. Parteivorsitzende sind hier nicht ausgenommen. Ihre Ausstrahlungskraft geht in dem Maße verloren, wie sie in ihrer Funktion verharren.

Das gilt grundsätzlich für alle leitenden Funktionen und hat psychologische Gründe. In der Vergangenheit der sozialistischen Staaten hat sich gezeigt, daß die jahrzehntelange Konzentration der Macht auf eine Person zu einem Autoritätsverlust führt, der mit mehr Macht kompensiert wird, ohne daß die Autorität dadurch restauriert wird.

Statt regiert wird dann nur noch administriert. Aber Demokratie, die wir laut Gorbatschow so nötig brauchen wie die Luft zum Atmen, lebt vom Wechsel der Macht. Wir brauchen auch in unserem Land eine gesunde Rotation der Amtsträger unter transparenten Bedingungen und in geheimer Abstimmung. Der ständige Wechsel ist das sicherste Mittel gegen Verschleiß, Amtsmißbrauch und Korruption. Alles menschliche Eigenschaften, die uns Menschen innewohnen. Macht und Demokratie schließen einander aus, und wer nur an die Stabilisierung der Macht denkt, verläßt die Demokratie.

4. Das Verhältnis von Staat und Kirche

In der Rede von Bischof Leich vom 3. März 1988 sind Fragen aufgeworfen worden, die die Mehrheit der Menschen in unserem Lande bewegen. Wir CDU-Mitglieder bedauern, daß einige dieser Probleme nicht von unserer Partei öffentlich formuliert wurden, obwohl sie von allgemeiner Bedeutung für die Gesellschaft sind. Vertreter der Kirche machen sich zunehmend Gedanken über das Bildungswesen der DDR. So ist die Glaubensfreiheit zwar garantiert, aber Atheismus und christliche Religion haben in der Schule nicht den gleichen Stellenwert. Außerdem besteht eine unerträgliche Unkenntnis in der Religionsgeschichte des Christentums, die den Staatsbürger von morgen zu einem kulturellen Analphabeten macht. Ohne Religion ist die Kunst der Vergangenheit in Europa und in der übrigen Welt nicht verständlich und das kulturelle Erbe verschlossen. Hinzu kommt das Unverständnis überzeugter Atheisten mit marxistischer oder auch nur hedonistischer Weltanschauung gegenüber religiös motivierten gesellschaftlichen Strömungen und kriegerischen Auseinandersetzungen in anderen Teilen der Welt.

So entsteht eine spezifische Form der religiösen Unwissenheit, die sich immer mit Intoleranz paart und zu politischen Fehlbeurteilungen führen kann.

Wir sind aber verantwortlich für die Staatsbürger von morgen, die auch die Politik für und mit der Dritten Welt tragen müssen. Mit Naturwissenschaften allein werden wir diesen Ansprüchen nicht gerecht werden. Religionsgeschichtsunterricht ist nicht der alleinige Schlüssel für eine höhere Bildung, würde aber sichtbare Lücken schließen. Zunehmend wird in anderen sozialistischen Staaten über kirchliche Schulen nachgedacht. In der DDR soll es nur die Theresienschule sein, ein Geheimtip für einflußreiche Funktionäre, die ihren Kindern etwas Gutes tun wollen. Auf diesem Gebiet hätte die CDU eine bildungspolitische Aufgabe, die sie in ihren Presseorganen diskutieren sollte. Bestände wirklich Glaubensfreiheit, müßte der Spielraum kirchlicher Bildungsstätten größer sein. Neues Gedankengut im Bildungswesen, das sich in das Neue Denken einfügt, würde das Ansehen der CDU in breiten Kreisen der Bevölkerung heben und neben anderen bereits erläuterten Gesichtspunkten viel zur Mitgliederwerbung beitragen.

Das Spektrum der gesellschaftlichen Mängel mit übergreifenden Tendenzen auf Kultur und Bildung sowie Wirtschaft ist größer als hier aufgeführt. Es kann nicht Aufgabe einer Ortsgruppe sein, einen umfassenden gesellschaftlichen Mangelkatalog aufzustellen und Maßnahmen zu seiner Beseitigung vorzuschlagen.

Wir haben aber das Recht und sogar als bewußte Parteimitglieder die Pflicht, die Politik in den Mittelpunkt unserer Überlegungen zu stellen. Dabei ist es unvermeidlich, unbequeme Fragen zu stellen. Die gesellschaftliche Umgestaltung in der UdSSR, die von Gorbatschow bewußt als Revolution bezeichnet wird, zwingt auch politisch organisierte DDR-Bürger, die Zukunft unseres Staates zu überdenken.